

Enercon weist Vorwürfe der IG Metall zurück

Auricher Konzern sieht keine Störung oder Behinderung der Betriebsratswahlen



Die IG Metall sieht Mitarbeiter beim Gusszentrum Ostfriesland in Georgsheil in die Schranken gewiesen.

Foto: Friedrichs

VON AIKO RECKE

Aurich. Der Auricher Windkraft-Konzern Enercon weist die von der Industriegewerkschaft (IG) Metall erhobenen Vorwürfe in Sachen Betriebsräte klar zurück. Die Zusammenarbeit mit den jüngst gewählten neuen Betriebsräten in Enercon-Tochterfirmen laufe „gut und konstruktiv“, erklärte gestern die Geschäftsführung des Konzerns.

„Es hat bei keiner dieser Wahlen eine Störung oder Behinderung durch die Geschäftsführung gegeben“, heißt es wörtlich. Im Gegenteil: die Wahlen würden durch die jeweilige Geschäftsführung unterstützt. Diese habe weder auf die Aufstellung der Listen noch auf die Wahl selbst Einfluss ausgeübt, heißt es in der

Presseerklärung. Und weiter: „Es hat im Kontext von Betriebsratswahlen keinen unangemessenen Umgang mit Arbeitnehmern gegeben. Es wurde weder Druck gegenüber Mitarbeitern, die gewerkschaftlich aktiv sind, ausgeübt, noch wurden diese in irgendeiner Form benachteiligt. Ihnen wurde auch nicht mit Kündigung oder anderen negativen Konsequenzen gedroht.“ Abmahnungen ohne „triftigen Grund“, wie zum Beispiel Missachtung der Betriebsordnung, habe es nicht gegeben.

Darüber hinaus habe es keine Versetzungen im Zusammenhang mit Betriebsratswahlen gegeben. Sämtliche etwaige Versetzungen seien wegen „Änderungen in den Betriebsabläufen“, unter Wahrnehmung des „Direkti-

onsrechtes“ der Geschäftsführung, erfolgt.

Enercon unternehme alles, um in den Betrieben Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz sicherzustellen, heißt es. Dabei arbeite man eng mit Gewerbeaufsichtsamtern, Berufsgenossenschaften und Betriebsärzten zusammen.

Enercon kann Kritik nicht nachvollziehen

Auch bei der Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden der Enercon-Tochterfirma WEA Service Ost GmbH (Magdeburg) kann Enercon die Kritik nicht nachvollziehen. Nils-Holger Böttger, für den die IG Metall bundesweit Unterschriften sammelt, habe „im Alleingang in die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem externen Vertragspartner eingegriffen

und damit seine Kompetenzen überschritten“.

Der Vertragspartner habe die Zusammenarbeit beendet, die WEA Service Ost habe einen „nicht unerheblichen wirtschaftlichen Schaden erlitten“. Im Übrigen finde Enercon es „ungewöhnlich, dass einzelne politische Entscheider, statt das Gespräch mit der Geschäftsführung zu suchen, über die Öffentlichkeit kommunizieren“. Man bedauere, dass einzelne IG-Metall-Vertreter öffentlich Aussagen träfen, die nicht den Tatsachen entsprächen, so Enercon.

Die 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leer-Papenburg, Evelyn Gerdes, erneuerte dagegen die Vorwürfe – vor allem konkret im Hinblick auf die Situation beim Gusszentrum Ostfriesland (GZO) in Georgsheil.

Seite 4